

Anne Kahn erinnert sich



Von Martina Propson-Hauck

Anne Kahn hat an der Humboldtschule ihr Referendariat absolviert, dann beendet der Staat vorübergehend ihre Karriere: Wegen des sogenannten "Radikalenerlass" erhält sie 1975 Berufsverbot - jetzt geht die 62-Jährige in den Ruhestand.

Es ist ihr erster Tag in Altersteilzeit. Sie könnte die Füße hochlegen, ausspannen, das Arbeitsleben Revue passieren lassen. Es gibt sicher viele Lehrer, die sich sehnen nach diesem Tag. Anne Kahn (62) verbringt ihn anders, sie besucht die FR-Redaktion und denkt laut ein wenig nach über ihre Vergangenheit.

Sie machte bereits 1975 Schlagzeilen: 26 Jahre jung, das Referendariat für die Fächer Sozialkunde, Geschichte und Gemeinschaftskunde so gut wie hinter sich. Mit dem Examensprädikat „gut“ konnte sie in eine rosige, verbeamtete Zukunft schauen. Dachte sie. Doch es kam anders. Sie wurde zu einer „Anhörung“ geladen. „Dort konfrontierte man mich damit, dass ich während des Studiums für den Asta auf einer Liste des MSB Spartakus kandidiert hatte“, erinnert sie sich. Auch nach einer Studentenreise in die DDR fünf Jahre zuvor fragte man sie und nach ihrer Unterschrift unter einem Aufruf zur Wahl der DKP zur Landtagswahl 1970. Sie verweigerte die Aussage, der Staat verweigerte ihr die Anstellung als Lehrerin. Den sogenannte „Radikalenerlass“ hatten die Ministerpräsidenten am 28. Januar 1972 beschlossen, er besteht jetzt genau seit 40 Jahren.

Die DKP war als verfassungsfeindliche Organisation eingestuft; wer Beamter werden wollte, musste seinen Einsatz für die freiheitlich-demokratische Grundordnung beweisen. Sonst drohte Berufsverbot: „Ich bekam keine Stelle mehr, obwohl mir damals bereits schon eine an der Gesamtschule am Gluckenstein versprochen war“, erzählt Anne Kahn.

In Bad Homburg war sie damals ein Einzelfall, bundesweit sind zwischen 1972 und 1982 mehr als 5000 Berufsverbotsverfahren und ein Vielfaches an Überprüfungen durch den Verfassungsschutz angestrengt worden.

Ein „Komitee für Anne Kahn“ bildete sich 1975 in der Kurstadt, Gewerkschafter und Jusos wendeten sich gegen die hessische Praxis des Erlasses, SPD-Stadtverordnete unterschrieben, Lehrer und Schüler der Humboldtschule sammelten Unterschriften.

Kahn machte in der Zwischenzeit eine Lehre als Buchhändlerin, jobbte und klagte 1980 gegen das Berufsverbot. Erst 1985 bekam sie vor Gericht in einem Vergleich Recht und eine Lehrerinnenstelle an der Frankfurter Schillerschule im Angestelltenverhältnis, in das sie weitere fünf Jahre später als Beamtin übernommen wurde. Später arbeitete sie auch an der Elisabethenschule in Frankfurt.

„Für mich war das natürlich auch eine persönliche Kränkung, verbunden mit hohem Einkommensverlust, aber ich habe das immer auch politisch gesehen“, sagt sie heute. Jetzt würden die Linken im Bundestag wieder vom Verfassungsschutz überwacht. Zeit für sie, ihre Geschichte zu erzählen. Andere hätten weniger Glück gehabt und seien „in ihrer Existenz vernichtet“ gewesen. Vom Berufsverbot betroffen waren ja nicht nur Lehrer, sondern auch Postboten. 80 Prozent seien nach Klagen dann doch in den öffentlichen Dienst eingestellt worden. Schüler der Humboldtschule haben 1980 den Prozess der jungen Lehrerin im Unterricht verfolgt, Thema: Grundrechte.